

KURZ NOTIERT

von Martin Lassek und Franziska Blum

Gewalt gegen AktivistInnen

AktivistInnen gegen Landraub und Umweltverschmutzung leben in Thailand gefährlich. Wenn sich gegen Großprojekte wie illegale Müllkippen, Landraub oder Trinkwasser verseuchende Minen lokaler Widerstand formiert, wird dieser oft gewaltsam unterdrückt. Ein Phänomen, das sich auch unter der eisernen Führung der Junta weiter beobachten lässt. Nach dem Putsch 2014 attackierten in der Provinz Loei 300 bewaffnete Männer DorfbewohnerInnen, die gegen eine Goldmine demonst-

riert hatten. Später wurden in der Provinz Nakhon Si Thammarat ein Anwalt landloser Bauern ermordet, an anderer Stelle ein Aktivist gegen eine Barytmine erschossen. Laut *Protection International*, einer NGO für Menschenrechte, wurden in den letzten zehn Jahren 50 AktivistInnen ermordet. Allein in den Jahren 2011 bis 2013 kam es zu 200 Gewalttaten durch Schlägertrupps und Auftragsmorde. Oft bleiben diese Taten ungesühnt, weil sich dahinter in der Regel ein Komplott aus

großen Firmen, korrupten PolitikerInnen und Beamten verbirgt. Eine seltene Ausnahme erfolgreicher Strafverfolgung war das Urteil gegen die Mörder eines Dorfbewohners in der Provinz Chacheongsao, der AnwohnerInnen gegen eine illegale Mülldeponie mobilisiert hatte. Die Mörder und der Auftraggeber waren zwei Soldaten sowie der Leiter eines Industriebetriebs.

Strait Times 4.1.2016

Martin Lassek ist Doktorand der Bonn International Graduate School der Universität Bonn. Er forscht über politischen Aktivismus in Thailand.

Franziska Blum studierte Internationale Kulturwirtschaft mit Schwerpunkt Thailand/Myanmar an der Universität Passau und Angewandte Literaturwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Die Revolution frisst ihre Kinder

Putschgeneral Prayut Chan-o-cha hat die Entlassung von 59 Aufsichtsräten und Angestellten der *Thai Health Foundation* angeordnet. Die Stiftung verfügt über ein immenses Budget aus Alkohol- und Tabaksteuern. *Thai Health* wird vorgeworfen, eine Vielzahl von NGOs und Organisationen, bei denen Aufsichtsräte der Stiftung im Vorstand sitzen, ohne Gesundheitsbezug finanziert zu haben. Der Fall ist aus mehreren Gründen für einen Blick auf das heutige Thailand interessant. Zeigt er nicht nur Thailands systemim-

manente Günstlingswirtschaft, sondern auch die absoluten Vollmachten der Militärregierung, die per Dekret Organisationen mit Vertrauensleuten besetzen und Budgets unter ihre Kontrolle bringen kann. Vor allem geht sie konsequent gegen jede noch so kleine Opposition vor. Finanziert wurde von *Thai Health* unter anderem die *Isra News Agency*, die mehrere Berichte über Militärausgaben veröffentlicht hatte. KritikerInnen sehen das Manöver auch als Interessenspolitik für Thailands Großindustrie. Getränke-

firmen wie Thai Beverage oder Chang sei die restriktive Alkoholpolitik von Thai Health schon lange ein Dorn im Auge gewesen. Der Fall zeigt zudem, wie fast 20 Monate nach dem Putsch gegen die Regierung Yingluck Shinawatra die gelbe Revolution ihre Kinder frisst. Viele der Thai Health-Aufsichtsräte und -Angestellten waren lautstarke Unterstützer der Anti-Regierungsproteste gewesen, die den Grundstein für den dann folgenden Putsch gelegt hatten.

Bangkok Post 7.1.2016

Gesetz gegen Diskriminierung von LGBT

Im September 2015 trat das Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter (Gender Equality Act) in Kraft. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der geschlechtlichen Identität und der sexuellen Orientierung ist nun in Thailand gesetzlich verboten. Verstöße werden mit Geldstrafen bis zu 20.000 Bath (circa 520 Euro) oder Gefängnisstrafen

bis zu sechs Monaten geahndet. NGOs und AktivistInnen werten das Gesetz als Fortschritt für die Rechte von LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender). Einige Organisationen sehen jedoch Paragraf 17 des Gesetzes als problematisch an, der Ausnahmen der Verfolgung von Diskriminierung in den Bereichen Religion und nationale Sicherheit vorsieht.

Damit könne das Gesetz quasi in jedem Fall ausgehebelt werden, so KritikerInnen. Die gleichgeschlechtliche Ehe oder die Adoption von Kindern durch LGBT-Paare werden im Gender Equality Act nicht behandelt.

Bangkok Post 7.9.2015

queer.de 10.9.2015

Pratchatai 12.10.2015